

Stephan Klenner

Schülergrundrechte

Zum Spannungsverhältnis von Grundrechten,
Elternrecht und staatlichem Auftrag bei politischer und
journalistischer Betätigung minderjähriger Schüler.
Zugleich ein Beitrag zur parteirechtlichen Einordnung
politischer Schülervereinigungen

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Problemaufriss	1
Erstes Kapitel: Grundrechtsgeltung im Schulverhältnis – Historische Annäherung	5
A. Weichenstellungen vor Geltung des Grundgesetzes	5
I. Entwicklung des „besonderen Gewaltverhältnisses“ in der Kaiserzeit	5
II. Verfestigung der Rechtsfigur in der Weimarer Republik	7
III. Totale Grundrechtsausschaltung im Nationalsozialismus	9
B. Rechtsdiskurs in der Bundesrepublik	11
I. Das besondere Gewaltverhältnis zwischen Kontinuität und Erosion	12
1. Kontinuität trotz Grundgesetz	12
2. Kritik an der Rechtsfigur	18
II. Die Wende der Rechtsprechung	19
III. Die Rezeption der Literatur – Aufkommen des Sonderstatus	22
IV. Konsequenzen für politische und journalistische Schüleraktivitäten	25
V. Die Regulierung politischer und journalistischer Schüleraktivitäten in der Gegenwart	31
1. Im Bereich der Meinungsfreiheit	31
2. Im Bereich der Pressefreiheit	33
3. Im Bereich der Versammlungsfreiheit	34
4. Im Bereich der Vereinigungsfreiheit	34
VI. Sonderstatus und Schulverhältnis in der Gegenwart	35
Zweites Kapitel: Auswirkungen des Schulverhältnisses auf die Grundrechtsdogmatik	41
A. Berücksichtigung der räumlichen Eingliederung	41
I. Leistungs- statt Abwehrrecht?	41
II. Auswirkung der räumlichen Eingliederung auf Schrankenebene?	46
III. Zwischenergebnis	49

B. Unterscheidung von Grund- und Betriebsverhältnis?	49
C. Modifizierte Regelungsdichte?	50
D. Parallelen zu anderen Näheverhältnissen?	53
E. Ergebnis	54
Drittes Kapitel: Negative Freiheitsrechte und schulischer Auftrag	55
A. Schranken der negativen Freiheitsrechte der Mitschüler	55
I. Negativer Gehalt der Kommunikationsgrundrechte	56
II. Negativer Gehalt der Versammlungsfreiheit	60
III. Negativer Gehalt der Vereinigungsfreiheit	60
IV. Ergebnis	61
B. Schranke des Art. 7 Abs. 1 GG	62
I. Herleitung des staatlichen Auftrags	63
II. Materieller Gehalt des staatlichen Auftrags	66
1. Teleologische Vorgaben	66
a) Die Verfassungssensenz als Erziehungsziel aus dem Grundgesetz	67
aa) Generelle Gewährleistungspflicht für Schülerengagement	68
bb) Begrenzung bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten	69
b) Ansätze, die über die Verfassungssensenz als Erziehungsziel hinausgehen	71
c) Ansätze, die den staatlichen Erziehungsauftrag auf die Verfassungssensenz beschränken	72
2. Systematische Gebote	73
a) Das Gebot der Nicht-Identifikation	73
b) Das Gebot der Nicht-Indoktrinierung	75
c) Das Gebot der Toleranz	76
d) Das Gebot der Neutralität	77
3. Praktische Funktionserfordernisse	79
a) Grundsätzliche Problematik von Funktionserfordernissen	80
b) Schulbetrieb und geordnetes Schulwesen	81
c) Schulfrieden	82
d) Pädagogische Freiheit des Lehrers	86
4. Zusammenfassung	89
III. Ergebnis	89

Viertes Kapitel: Elternrecht und Minderjährigkeit	91
A. Das Verhältnis zwischen Elternrecht und Kindesgrundrechten	91
I. Historische Annäherung	91
1. Debatte zur „Grundrechtsmündigkeit“ in den 1950er- und 1960er-Jahren	91
2. Stärkung der Kindesgrundrechte in den 1970er- und 1980er-Jahren	93
3. Grundrechtsreife und Erziehungsbedürftigkeit nach Matthias Jestaedt	94
II. Aktuelles Schrifttum	96
III. Stellungnahme	99
1. Trennung von Tatsächlichkeits- und Erlaubnisebene	99
2. Berücksichtigung der tatsächlichen Voraussetzungen auf Schutzbereichsebene	100
a) Anforderungen der Meinungsfreiheit	101
b) Anforderungen der Pressefreiheit	101
c) Anforderungen der Versammlungsfreiheit	101
d) Anforderungen der Vereinigungsfreiheit	102
3. Die Reichweite der Schranke des Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	105
4. Die Grundrechtseigenständigkeit hinsichtlich politischer Grundrechte	107
a) Analogie zur Religionsmündigkeit	108
b) Analogie zur beschränkten Geschäftsfähigkeit	110
c) Analogie zu schulrechtlichen Regelungen	111
d) Ableitung aus dem Wahlrechtsalter des Art. 38 Abs. 2 GG	111
e) Zusammenfassung	116
B. Zusammenwirken der Schranken des Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG und Art. 7 Abs. 1 GG	117
I. Historische Annäherung	117
1. Eltern- und Schulrecht in der Weimarer Republik	118
2. Rechtsdiskurs in der jungen Bundesrepublik	119
3. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	120
4. Interpretation der Rechtsprechung in den 1970er- und 1980er-Jahren	120
II. Aktuelles Schrifttum	122
III. Stellungnahme	122
IV. Abwägung hinsichtlich politischer Grundrechte	123
1. Ansichten im Schrifttum	124
2. Stellungnahme	124
C. Ergebnis	128

Fünftes Kapitel: Beachtung der grundgesetzlichen Vorgaben im Schulrecht		131
A.	Einschränkungen der Meinungsfreiheit	131
I.	Gesetzliche Regelungen zu (partei-)politischen Werbeverboten	131
1.	Einordnung der Schulgesetze innerhalb der Schrankentrias des Art. 5 Abs. 2 GG	132
2.	Fehlende Rechtfertigung der Werbeverbote	134
a)	Auslegung der Werbeverbote in Literatur und Rechtsprechung	135
b)	Ansichten zu politischen Werbeverboten ohne konkreten Normbezug	136
c)	Stellungnahme	138
aa)	Zum Begriff der „politischen Werbung“	138
bb)	Ausnahmslose Wirkung im gesamten Schulbereich	139
II.	Regelungen auf Verordnungsebene zu (partei-)politischer Werbung	141
III.	Regelungen in Verwaltungsvorschriften zu (partei-)politischer Werbung	143
IV.	Regelung in Kombination aus Schulgesetz und Verwaltungsvorschrift zu (partei-)politischer Werbung	144
V.	Regelungen zum Tragen von Plaketten	144
VI.	Sonstige schulrechtliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit	144
VII.	Zusammenfassung	145
B.	Einschränkungen der Pressefreiheit	145
I.	Gesetzliche Regelungen zur Pressefreiheit der Schüler	146
1.	Bestimmung der einschlägigen Grundrechtsschranken	146
2.	Die Schranken-Schranke des Zensurverbots aus Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG	146
3.	Bewertung der gesetzlichen Regelungen	149
a)	Das der Veröffentlichung vorgelagerte Vertriebsverbot des Art. 63 Abs. 4 BayEUG	149
b)	Der Veröffentlichung nachgelagerte Vertriebsverbote	152
c)	Das Gebot zur Abgabe eines Belegexemplars für Schülerzeitungen in § 51 Abs. 1 BremSchulG	153
d)	Die gesetzlichen Bestimmungen zu Druckschriften in § 56 S. 1 SchulG NW und § 56 Abs. 4 S. 1 ThürSchulG	154
e)	Die gesetzlichen Bestimmungen zu Plakaten in § 56 S. 4 SchulG NW und in § 56 Abs. 4 S. 4 f. ThürSchulG	155

II.	Regelungen auf Verordnungsebene zur Pressefreiheit der Schüler	156
1.	Informationsgebot in Rheinland-Pfalz	156
2.	Inhaltliche Vorgaben im Saarland	156
III.	Regelungen in Verwaltungsvorschriften zur Pressefreiheit der Schüler	160
1.	Das der Veröffentlichung vorgelagerte Vertriebsverbot für Schülerzeitungen in Baden-Württemberg	160
2.	Die Informationsgebote für Schülerzeitungsredakteure in Hessen	160
3.	Bestimmung zu Aushängen in Hessen	161
IV.	Zusammenfassung	161
C.	Einschränkungen der Versammlungsfreiheit	162
D.	Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit	165
I.	Gesetzliche Regelungen	165
1.	Möglichkeiten für Betätigungsverbote	165
a)	Bestimmung der einschlägigen Grundrechtsschranken . . .	166
b)	Anwendung der einschlägigen Grundrechtsschranken . . .	168
2.	Möglichkeiten für Betätigungseinschränkungen	168
3.	Altersauflagen für politische Schülervereinigungen	169
4.	Informationsgebote für politische Schülervereinigungen . . .	170
II.	Das Verbot politischer Schülervereinigungen auf Verordnungsebene im Saarland	170
III.	Zusammenfassung	171
E.	Ergebnis	171
 Sechstes Kapitel: Schülervereinigungen und politische Parteien		173
A.	Politische Schülervereinigungen vor Geltung des Grundgesetzes? . .	173
B.	Schülervereinigungen in der Bundesrepublik	175
I.	Ergebnisse der Archivrecherche: Mitgliederentwicklung	177
II.	Ergebnisse der Archivrecherche: Die Nähe zur Partei	180
C.	Die Abgrenzung von parteinaher und parteizugehöriger Vereinigung	184
D.	Schülervereinigungen als parteinahe oder parteizugehörige Vereinigungen	190
I.	Sonderorganisationen ohne eigene Satzung	190
II.	Sonderorganisationen mit eigener Satzung	191
III.	Nebenorganisationen mit eigener Satzung	193
E.	Ergebnis	194

Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse	195
Literaturverzeichnis	199
Quellenverzeichnis	221
I. Veröffentlichungen in Presse und Medien	221
II. Archivbestände	222
1. Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin	222
2. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn	222
3. Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach	223
III. Weitere Quellen	224
 Anhang: Übersicht schulrechtlicher Bestimmungen (Stand: Juli 2018)	 225
1. Zur Meinungsfreiheit	225
2. Zur Pressefreiheit	230
3. Zur Versammlungsfreiheit	237
4. Zur Vereinigungsfreiheit	237
5. Zum Hausrecht	241
 Anhang: Übersicht der zitierten Satzungenormen politischer Schülervereinigungen	 245
 Sachregister	 253